

FACHBUCHREIHE
für rechtliche Bildung

Fachkunde für Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte

12. Auflage

Lutz
Schöneberger

VERLAG EUROPA-LEHRMITTEL
Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG
Düsselberger Straße 23
42781 Haan-Gruiten

Europa-Nr.: 98913



Autoren:

Dipl.-Kfm., Dipl.-Hdl. Ferdinand Lutz, Rodalben-Neuhof
Petra Schöneberger, Bürovorsteherin, Hornbach

12. Auflage 2014

Druck 5 4 3 2 1

Alle Drucke derselben Auflage sind parallel einsetzbar, da sie bis auf die Behebung von Druckfehlern untereinander unverändert sind.

ISBN 978-3-8085-9649-4

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle muss vom Verlag schriftlich genehmigt werden.

© 2014 by Verlag Europa-Lehrmittel, Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG, 42781 Haan-Gruiten
<http://www.europa-lehrmittel.de>
Umschlaggestaltung, Satz: Satz+Layout Werkstatt Kluth GmbH, 50374 Erftstadt
Druck: Medienhaus Plump GmbH, 53619 Rheinbreitbach

Vorwort

Der vorliegende Band **Fachkunde für Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte** gehört zu der vom Verlag Europa-Lehrmittel herausgegebenen Fachbuchreihe **Rechtliche Bildung**.

Das Werk lehnt sich eng an den Rahmenlehrplan für den Ausbildungsberuf Rechtsanwaltsfachangestellte und an die ReNoPat-AusbV vom 17. Dezember 2008 an. Beide Rechtsverordnungen sind in dem Konzept durch **Lernziele** vereint. Die Schüler werden weder über- noch unterfordert. Um das Ausbildungsziel zu erreichen und damit die Leistung vergleichbar zu machen, sind die Lernziele den einzelnen Lerngebieten vorangestellt.

Die Voranstellung der Lernziele bedeutet für die Schüler eine richtungsweisende Sicherheit, welche Lerninhalte aufzunehmen und zu verarbeiten sind, um die angestrebten Lernziele zu erreichen. Für Lehrer und Ausbilder ist damit die Möglichkeit eröffnet, pädagogische und didaktische Schwerpunkte zu setzen. Nicht die im Rahmenlehrplan formulierten Grobziele sind allein entscheidend, sondern die Schritte zur Erreichung dieser Ziele. Die materielle Substanz wird nach der Voranstellung der Lernziele in dem Informationsteil dargeboten.

Gegenüber den herkömmlichen Lehr- bzw. Lernbüchern liegen **Bedeutung** und **Aktualität** des Konzepts darin, dass **die Lerninhalte schrittweise den Lernzielen entsprechend behandelt** werden. Bezogen auf die Lernziele werden die Lerninhalte systematisch und schülergemäß dargestellt.

Die Bücher zeichnen sich dadurch aus, dass anhand praktischer und praxisnaher Fälle das Erlernte vertieft und angewandt wird, sodass nicht nur „Kenntnis“ der Materie besteht, sondern „Beherrschung“ des gesamten Stoffes. **Ganzheitliches Lernen** ist das prägende Element des Werkes. Im Mittelpunkt des Ausbildungsbemühens steht der selbstständig denkende und mit **ausreichender Handlungskompetenz** ausgestattete Mitarbeiter des Rechtsanwalts/Notars.

Lehrer und Ausbilder erhalten durch die vorliegenden Bände die zu erreichenden Lernziele der Auszubildenden konzeptionell (systematisch) dargeboten. Damit ist eine enge Verzahnung im Dualen System zwischen Ausbilder und Lehrer geschaffen.

Der vorliegende Band enthält außer den Inhalten des **Verfahrens- und Vollstreckungsrechts** auch die Lerninhalte des Lerngebiets **Rechtspflege**. Die Kenntnis der Personen der Rechtspflege und der Zweige der Gerichtsbarkeit ist zum besseren Verständnis der fachkundlichen Inhalte notwendig.

Die oft schwierigen rechtlichen Tatbestände des Verfahrens- und Vollstreckungsrechts werden durch einfache Merksätze, klare Übersichten und kurze Fallbeispiele transparent und verständlich gemacht. Dabei haben sich die Verfasser bewusst an dem Lern- und Behaltungsvermögen der Schülerinnen und Schüler orientiert.

Fallgestaltungen mit mustergültigen Schriftsätzen und Aufgaben sind praxisnah und entsprechen den Anforderungen, die bei Prüfungen für Rechtsanwaltsfachangestellte in allen Bundesländern gestellt werden.

Die Verfasser sind sich bewusst, dass dem vorliegenden Band trotz aller Sorgfalt Unrichtigkeiten anhaften können. Sie bitten deshalb Ausbilder, Kollegen und Schüler, das Buch zu prüfen und durch sachliche Kritik zur Verbesserung beizutragen.

Die Verfasser danken dem Verlag für die Ermöglichung des Projekts und die hervorragende Unterstützung.

Rodalben-Neuhof und Hornbach, im Sommer 2008

Die Verfasser

Vorwort zur 11. Auflage

Bei der 11. Auflage wurde der **Stand der Gesetzgebung** bis zum **Winter 2012/2013** berücksichtigt.

Insbesondere ist das

Lerngebiet IV: Die Zwangsvollstreckung

völlig neu bearbeitet worden.

Diese Neubearbeitung ist notwendig geworden, weil sich seit Erscheinen der 10. Auflage durch die **große Reform des Zwangsvollstreckungsrecht 2013** zahlreiche Änderungen in dem Werk ergeben haben.

Vorwort und Änderungen zur 12. Auflage

Bei der 12. Auflage wurde der **Stand der Gesetzgebung** bis zum **Winter 2014/2015** berücksichtigt.

Insbesondere sind die im **Lerngebiet IV: Die Zwangsvollstreckung** enthaltenen Eurobeiträge bei der **Pfändung von Arbeitseinkommen** auf den **neuesten Stand der Gesetzgebung** gebracht worden.

Wir danken allen Schülerinnen und Schülern, den Kolleginnen und Kollegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie den Dozenten und Dozentinnen der Fort- und Weiterbildungseinrichtungen für ihre positive Kritik. Für weitere Anregungen und Hinweise sind wir dankbar.

Rodalben-Neuhof und Hornbach, im Winter 2014/2015

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Lerngebiet I: Recht. 15

1	Einführung in das Recht	16
1.1	Begriff und Wesen des Rechts	16
1.1.1	Die Sittlichkeit	16
1.1.2	Die Sitte.	16
1.1.3	Änderungen des Rechts.	17
1.1.4	Rechtssubjekt – Rechtsobjekt	17
1.1.5	Rechtsnormen.	18
1.2	Die Rechtsordnung des Staates	18
1.2.1	Das objektive Recht	18
1.2.2	Das subjektive Recht	18
1.3	Recht und Gerechtigkeit	19

2	Die Gewaltenteilung	21
2.1	Notwendigkeit der Gewaltenteilung	21
2.1.1	Die Staatsgewalt ist dreigeteilt	22
2.1.2	Die Bindung der Staatsorgane	22
2.2	Horizontale und vertikale Gewaltenteilung	22

3	Die Rechtsquellen	24
3.1	Das geschriebene Recht	24
3.1.1	Gesetze	24
3.1.2	Rechtsverordnungen	24
3.1.3	Satzungen	24
3.2	Das Gewohnheitsrecht	25

4	Einteilungen des Rechts	26
4.1	Privatrecht und öffentliches Recht	26
4.1.1	Privatrecht (Zivilrecht, bürgerliches Recht)	26
4.1.2	Das öffentliche Recht	27
4.2	Materielles und formelles Recht	28
4.2.1	Materielles Recht	28
4.2.2	Formelles Recht	29
4.3	Zwingendes und nachgiebiges (dispositives) Recht	29
4.3.1	Zwingendes Recht	29
4.3.2	Nachgiebiges (dispositives) Recht	30

5	Die Rechtspflege	31
5.1	Die Personen der Rechtspflege	31
5.1.1	Der Richter	31
5.1.2	Der Staatsanwalt	33
5.1.3	Der Rechtsanwalt	35
5.1.4	Der Notar	37
5.1.5	Der Patentanwalt	38
5.1.6	Der Rechtspfleger.	40
5.1.7	Der Urkundsbeamte.	40
5.1.8	Der Gerichtsvollzieher.	40
5.2	Die Gerichtsbarkeiten.	41
5.2.1	Europäische Gerichtsbarkeit.	41
5.2.2	Die Verfassungsgerichtsbarkeit	42
5.2.3	Die ordentliche Gerichtsbarkeit	43
5.2.3.1	Die Zivilgerichtsbarkeit	44
5.2.3.1.1	Die streitige Gerichtsbarkeit	44
5.2.3.1.2	Die freiwillige Gerichtsbarkeit	45
5.2.3.2	Die Strafgerichtsbarkeit.	45

5.2.3.3	Besetzung und Zuständigkeit der Zivilgerichte.	45
5.2.3.4	Instanzenzug in Zivilsachen	49
5.2.3.5	Besetzung und Zuständigkeit der Strafgerichte.	50
5.2.3.6	Zuständigkeit in Bußgeldsachen.	53
5.2.4	Die besondere Gerichtsbarkeit	54
5.2.4.1	Die Arbeitsgerichtsbarkeit.	54
5.2.4.2	Die Disziplinargerichtsbarkeit.	56
5.2.4.3	Die Finanzgerichtsbarkeit	56
5.2.4.4	Die Patentgerichtsbarkeit	57
5.2.4.5	Die Sozialgerichtsbarkeit.	57
5.2.4.6	Die Verwaltungsgerichtsbarkeit	59
5.3	Aufgaben und Übungsfälle.	61

Lerngebiet II: Das Mahnverfahren. 65

6	Außergerichtliche Mahnung	65
6.1	Das anwaltliche Aufforderungsschreiben	65
6.1.1	Zielsetzung des anwaltlichen Aufforderungsschreibens.	65
6.1.1.1	Exkurs: Voraussetzungen des Verzugs	66
6.1.1.2	Folgen des Schuldnerverzugs bei Geldschulden	67
6.1.1.3	Zusammenfassung Voraussetzungen und Folgen des Schuldnerverzugs bei Geldschulden	68
6.1.2	Inhalt des Aufforderungsschreibens.	68
6.1.3	Beispiel eines anwaltlichen Aufforderungsschreibens.	70
6.1.4	Vergütungsberechnung im Aufforderungsschreiben	72
6.1.4.1	Vergütung des Rechtsanwalts ohne Klageauftrag	72
6.1.4.2	Vergütung des Rechtsanwalts mit Klageauftrag.	73
6.2	Gesamtzusammenfassung	73
6.3	Aufgaben und Übungsfälle.	74

7	Das gerichtliche Mahnverfahren	75
7.1	Zweck des Mahnverfahrens	76
7.2	Zulässigkeit des Verfahrens.	76
7.3	Zuständigkeit für das gerichtliche Mahnverfahren.	78
7.3.1	Sachliche Zuständigkeit	78
7.3.2	Örtliche Zuständigkeit.	78
7.3.3	Funktionelle Zuständigkeit	80
7.4	Der amtliche Formularsatz	80
7.4.1	Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids.	81
7.4.2	Ausfüllhinweise zum Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids	81
7.4.3	Erläuterungen und Beispiele.	86
7.4.4	Beispiel eines vollständig ausgefüllten Mahnbescheids.	107

7.5	Das Verfahren bei Gericht	110	7.15.1	Der Urkunden-(Wechsel- und Scheck-)Mahnbescheid	141
7.5.1	Monierungsschreiben des Gerichts	110	7.15.2	Widerspruch im Urkunden-, Wechsel- und Scheckmahnverfahren	141
7.5.2	Monierungsantwort des Antragstellers	111	7.15.2.1	Uneingeschränkter Widerspruch des Antragsgegners	142
7.5.3	Erlass des Mahnbescheids	112	7.15.2.2	Eingeschränkter Widerspruch des Antragsgegners	142
7.5.4	Kostenrechnung und Kostenzahlung	113	7.15.3	Zusammenfassung	143
7.5.4.1	Zahlungsvordrucke	113	7.15.3.1	Vom uneingeschränkten Widerspruch zum Vorbehaltsurteil	143
7.5.4.2	Kennziffer	113	7.15.3.2	Eingeschränkter Widerspruch und Vorbehaltsvollstreckungsbescheid	144
7.5.4.3	Einzugsermächtigung	113	7.16	Aufgaben und Übungsfälle	145
7.6	Nichtzustellung und Neuzustellung des Mahnbescheids	114	8	Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids in einer nur maschinell lesbaren Form	
7.6.1	Nichtzustellungsnachricht	114		Fundstelle im Internet:	
7.6.2	Antrag auf Neuzustellung eines Mahnbescheids	114		www.online-mahnantrag.de	150
7.6.3	Weitere Auslagen des Antragstellers	116	8.1	Allgemeines	150
7.6.4	Zusammenfassung	117	8.2	Auswahl des Bundeslandes des Antragstellers	151
7.7	Zustellung des Mahnbescheids an den Antragsgegner	118	8.3	Versandart	152
7.8	Zusammenfassung	119	8.4	Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids	153
7.9	Entscheidungsmöglichkeiten des Antragsgegners	120	8.4.1	Für wen wird der Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids erfasst?	153
7.10	Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids	120	8.4.2	Prozessbevollmächtigter des Antragstellers	154
7.10.1	Ausfüllhinweise	122	8.4.3	Angaben zum Antragsteller	156
7.10.2	Auslagen der Zustellung des Vollstreckungsbescheids	123	8.4.3.1	Erfassen einer natürlichen Person	156
7.10.2.1	Antrag auf Zustellung von Amts wegen	123	8.4.3.2	Erfassen einer Firma	156
7.10.2.2	Antrag auf Zustellung im Parteibetrieb	124	8.4.3.3	Erfassen einer Kennziffer	157
7.10.2.3	Zusammenfassung	125	8.4.3.4	Erfassen eines sonstigen Antragstellers	157
7.10.2.4	Zurückweisung des Antrags	126	8.4.4	Angaben zum Antragsgegner	160
7.11	Nichtzustellung und Neuzustellung des Vollstreckungsbescheids	126	8.4.4.1	Angaben zu Hauptforderung und Zinsen	165
7.11.1	Nichtzustellungsnachricht	126	8.4.4.2	Angaben zu Auslagen und Nebenforderungen	169
7.11.2	Antrag auf Neuzustellung eines Vollstreckungsbescheids	126	8.5	Angaben zum Prozessgericht	172
7.11.3	Zusammenfassung	127	8.6	Allgemeine Angaben zum Antrag	172
7.12	Erlass und Zustellung des Vollstreckungsbescheids	128	8.7	Übersicht über die erfolgten Eingaben im Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids	174
7.12.1	Ausfertigungen	128	8.8	Ausdruck über Barcode	177
7.12.2	Übersendungsschreiben	128	8.9	Druckausgabe über PDF	177
7.12.3	Zusammenfassung	129			
7.13	Rechtsbehelfe im Mahnverfahren	130	Lerngebiet III: Das Verfahrensrecht	183	
7.13.1	Widerspruch gegen den Mahnbescheid	130	9	Der Zivilprozess	183
7.13.2	Form und Frist des Widerspruchs	130	9.1	Die Zuständigkeit der Gerichte	185
7.13.3	Verfahren nach erhobenen Widerspruch	131	9.1.1	Die sachliche Zuständigkeit	185
7.13.4	Rücknahme des Widerspruchs	132	9.1.1.1	Die sachliche Zuständigkeit der Amtsgerichte	185
7.13.5	Zusammenfassung	133	9.1.1.2	Die sachliche Zuständigkeit der Landgerichte	188
7.13.6	Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid	134	9.1.1.3	Die Berechnung des Streitwertes	189
7.13.7	Zusammenfassung	137	9.1.2	Die funktionelle Zuständigkeit	192
7.14	Gerichtskosten und Rechtsanwaltsvergütung	138	9.1.3	Die örtliche Zuständigkeit	193
7.14.1	Formale Darstellung der Gerichtskosten	13	9.1.3.1	Allgemeiner Gerichtsstand	194
7.14.2	Formale Darstellung der Rechtsanwaltsvergütung	139			
7.15	Das Urkunden-, Wechsel- und Scheckmahnverfahren	141			

9.1.3.2	Die besonderen Gerichtsstände . . .	195	9.5	Erhebung und	
9.1.3.3	Die ausschließlichen			Zustellung der Klage	246
	Gerichtsstände	198	9.5.1	Die Rechtshängigkeit und	
9.1.3.4	Mehrere Gerichtsstände	199		deren Wirkungen	247
9.1.3.5	Zuständigkeitsvereinbarungen –		9.5.1.1	Wirkungen, die den Anspruch	
	Prorogation	200		betreffen (materiell-rechtliche	
9.1.3.6	Die Folgen der Unzuständigkeit . .	201		Wirkungen)	247
9.2	Die Prozessparteien		9.5.1.2	Wirkungen, die das Verfahren be-	
	und ihre Vertreter	201		treffen (prozessuale Wirkungen) . .	249
9.2.1	Die Parteifähigkeit	202	9.5.2	Übersicht	250
9.2.1.1	Die Parteifähigkeit		9.6	Gang des erstinstanzlichen	
	natürlicher Personen	203		Erkenntnisverfahrens	249
9.2.1.2	Die Parteifähigkeit		9.6.1	Allgemeine Verfahrensgrundsätze	249
	juristischer Personen	203	9.6.1.1	Grundsatz des rechtlichen Gehörs	251
9.2.1.3	Die Parteifähigkeit		9.6.1.2	Grundsatz der Mündlichkeit	251
	bestimmter		9.6.1.3	Grundsatz der Öffentlichkeit	252
	Personenvereinigungen	205	9.6.1.4	Grundsatz der Verhandlung	252
9.2.2	Die Prozessfähigkeit	206	9.6.2	Die Prozessvoraussetzungen	253
9.2.2.1	Volle Geschäftsfähigkeit		9.6.3	Vorbereitung des Haupttermins . .	255
	und Prozessfähigkeit	206	9.6.3.1	Früher erster Termin	257
9.2.2.2	Beschränkte Geschäftsfähigkeit		9.6.3.2	Das schriftliche Vorverfahren . . .	257
	und Prozessfähigkeit	207	9.6.4	Möglicher Verlauf	
9.2.2.3	Geschäftsunfähigkeit			des Haupttermins	258
	und Prozessunfähigkeit	208	9.6.5	Das Sitzungsprotokoll	
9.2.3	Die gesetzlichen Vertreter	209		gem. §§ 159 ff. ZPO	260
9.2.4	Parteiprozess und Anwaltsprozess	210	9.6.6	Das Beweisverfahren	260
9.2.5	Die Prozessvollmacht	211	9.6.7	Die Beweismittel	263
9.2.5.1	Umfang der Prozessvollmacht . . .	211	9.6.7.1	Sachverständigenbeweis	
9.2.5.2	Beschränkungen			gem. §§ 402 ff. ZPO	264
	der Prozessvollmacht	212	9.6.7.2	Parteivernehmung	
9.3	Die Zustellung	213		gem. §§ 445 ff. ZPO	264
9.3.1	Allgemeine Bestimmungen	213	9.6.7.3	Augenschein gem. §§ 371 ff. ZPO	265
9.3.2	Die Arten der Zustellung	214	9.6.7.4	Urkundenbeweis	
9.3.2.1	Die Zustellungen von Amts			gem. §§ 415 ff. ZPO	265
	wegen	214	9.6.7.5	Zeugenbeweis	
9.3.2.1.1	Die Zustellung im Ausland			gem. §§ 373 ff. ZPO	267
	gem. § 183 ZPO	223	9.7	Der Stillstand des Verfahrens . .	268
9.3.2.1.2	Zustellungsbevollmächtigter; Zustel-		9.8	Der Abschluss des	
	lung durch Aufgabe zur Post			Erkenntnisverfahrens	269
	gem. § 184 ZPO	224	9.8.1	Beendigung des Verfahrens	
9.3.2.1.3	Öffentliche Zustellung			ohne Urteil	269
	gem. § 185 ZPO	224	9.8.1.1	Die Erledigung der Hauptsache	
9.3.2.1.4	Heilung von Zustellungsmängeln			gem. § 91a ZPO	269
	gem. § 189 ZPO	225	9.8.1.2	Die Klagerücknahme	
9.3.2.2	Die Zustellungen auf Betreiben			gem. § 269 ZPO	270
	der Parteien	225	9.8.1.3	Der Prozessvergleich	271
9.3.2.2.1	Die Zustellung durch		9.8.2	Beendigung des Verfahrens	
	Gerichtsvollzieher	225		durch Urteil gem. §§ 300 ff. ZPO . .	272
9.3.2.2.2	Die Zustellung von Anwalt		9.8.2.1	Urteile auf Grund	
	zu Anwalt gem. § 195 ZPO	227		nichtstreitiger Verhandlung	274
9.4	Die Klage	227	9.8.2.1.1	Anerkenntnis- und	
9.4.1	Die Klagearten	228		Verzichtsurteile	274
9.4.1.1	Die Leistungsklage	228	9.8.2.1.2	Versäumnisurteil	275
9.4.1.2	Die Feststellungsklage	229	9.8.2.2	Urteile auf Grund	
9.4.1.3	Die Rechtsgestaltungsklage	230		streitiger Verhandlung	275
9.4.2	Die Klageschrift	231	9.8.2.2.1	End-, Teil- und Schlussurteile . .	275
9.4.2.1	Inhalt und Aufbau		9.8.2.2.2	Zwischenurteile	276
	einer Klageschrift	231	9.8.2.2.3	Grundurteil	276
9.4.2.2	Beispiel einer Klageschrift	240	9.8.2.2.4	Vorbehaltsurteil	277
9.4.3	Aktenzeichen der ordentlichen		9.8.3	Die Rechtskraft der Urteile	277
	Gerichte	242	9.8.4	Möglichkeiten der Urteilsberich-	
9.4.4	Die Klagenhäufung	244		tigung und Urteilsergänzung	278
9.4.4.1	Objektive Klagenhäufung		9.9	Aufgaben und Übungsfälle	280
	gem. § 260 ZPO	244			
9.4.4.2	Die subjektive Klagenhäufung				
	gem. §§ 59 ff. ZPO	245			

10	Abweichungen im Verfahrensablauf	288	11.3.3.4	Die Entscheidungen des Gerichts im Beschwerdeverfahren	323
10.1	Das Versäumnisverfahren	288	11.3.4	Die Erinnerung	324
10.1.1	Das Versäumnisurteil	289	11.3.5	Die Rechtsbeschwerde	325
10.1.1.1	Versäumnisurteil bei Säumnis des Beklagten	290	11.4	Änderung und Beseitigung rechtskräftiger Urteile	328
10.1.1.2	Versäumnisurteil bei Säumnis des Klägers	292	11.4.1	Die Abänderungsklage gem. § 323 ZPO	328
10.1.2	Einspruch gegen das Versäum- nisurteil gem. §§ 338 ff. ZPO	292	11.4.2	Die Wiederaufnahme des Verfahrens gem. §§ 578 ff. ZPO	329
10.1.2.1	Muster einer Einspruchsschrift	293	11.5	Aufgaben und Übungsfälle	331
10.1.2.2	Begründung des Einspruchs	294	12	Termine	333
10.1.2.3	Prüfung des Einspruchs	294	13	Fristen	335
10.1.3	Zweites Versäumnisurteil	296	13.1	Eigentliche Fristen	335
10.2	Die Entscheidung nach Lage der Akten	296	13.1.1	Gesetzliche Fristen	336
10.3	Das schriftliche Verfahren	297	13.1.1.1	Notfristen	336
10.4	Das selbstständige Beweisverfahren	298	13.1.1.2	Sonstige gesetzliche Fristen	337
10.5	Aufgaben und Übungsfälle	300	13.1.2	Richterliche Fristen	338
11	Rechtsbehelfe und Rechtsmittel im Zivilprozess	301	13.2	Uneigentliche Fristen	338
11.1	Allgemeines	301	13.3	Zusammenfassung	339
11.2	Die Rechtsbehelfe	302	13.4	Die Regeln für die Berechnung der Fristen	340
11.3	Die Rechtsmittel	302	13.4.1	Beginn, Laufzeit und Ende der Fristen	340
11.3.1	Die Berufung gem. §§ 511 ff. ZPO	305	13.4.2	Zusammenfassung	346
11.3.1.1	Statthaftigkeit der Berufung	305	13.4.3	Wiederholungsaufgaben	347
11.3.1.2	Berufungsfrist	306	13.4.4	Antrag auf Fristverlängerung	348
11.3.1.3	Berufungsschrift	307	13.5	Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	350
11.3.1.4	Muster einer Berufungsschrift	308	13.5.1	Die Voraussetzungen der Wiedereinsetzung	350
11.3.1.5	Berufungsbegründungsschrift	309	13.5.1.1	Wiedereinsetzungsgründe	351
11.3.1.6	Entscheidungen des Gerichts im Berufungsverfahren	309	13.5.1.2	Der Wiedereinsetzungsantrag, Frist und Form	351
11.3.1.6.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen	309	13.5.2	Beispiel einer Wiedereinsetzungsschrift	354
11.3.1.6.2	Zurückweisung der Berufung	310	13.6	Exkurs: Rechtsmittel und Fristen in Strafsachen und anderen Verfahren	356
11.3.1.6.3	Terminsbestimmung	310	13.6.1	Rechtsmittel und Fristen nach der Strafprozessordnung (StPO)	356
11.3.1.6.4	Verfahren vor dem Berufungsgericht	310	13.6.2	Rechtsbehelf gegen den Strafbefehl	361
11.3.1.6.5	Kostenentscheidung	313	13.6.3	Strafantragsfrist nach Strafgesetzbuch (StGB)	361
11.3.1.6.6	Rücknahme der Berufung	313	13.6.4	Rechtsbehelf gegen den Bußgeldbescheid	362
11.3.1.7	Anschlussberufung	314	13.7	Übungsaufgaben zur Fristenberechnung in Zivilsachen	362
11.3.1.7.1	Form und Frist der Anschlussberufung	315	13.8	Übungsaufgaben zur Fristen- berechnung in Strafsachen und anderen Verfahren	366
11.3.1.7.2	Wegfall der Wirkung der Anschlussberufung	316	13.9	Anhang: Anzuwendender Kalender zur Lösung der Übungsaufgaben	367
11.3.1.8	Versäumnisverfahren in der Berufungsinstanz	316	14	Besonderheiten ausgewählter Verfahrensarten	368
11.3.2	Die Revision gem. §§ 542 ff. ZPO	316	14.1	Der Urkundenprozess	369
11.3.2.1	Statthaftigkeit der Revision	316	14.2	Der Wechselprozess	372
11.3.2.2	Revisionsfrist	318	14.3	Der Scheckprozess	372
11.3.2.3	Revisionsschrift	318	14.4	Das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	372
11.3.2.4	Revisionsbegründungsschrift	319			
11.3.2.5	Entscheidungen des Gerichts im Revisionsverfahren	319			
11.3.2.6	Die Sprungrevision gem. § 566 ZPO	321			
11.3.3	Die sofortige Beschwerde gem. §§ 567 ff. ZPO	321			
11.3.3.1	Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	321			
11.3.3.2	Die Einlegung der sofortigen Beschwerde	322			
11.3.3.3	Die Anschlussbeschwerde	323			

14.4.1	Systematik des FamFG	372	14.14.1.3	Der Antrag auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe	391
14.4.2	Sachliche Zuständigkeit	373	14.14.2	Das Bewilligungsverfahren	392
14.4.2.1	Das Amtsgericht	373	14.14.3	Die Wirkung der Bewilligung	392
14.4.2.2	Das Landgericht als Beschwerdegericht.	373	14.14.4	Aufhebung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe.	393
14.4.2.3	Das Oberlandesgericht als Beschwerdegericht.	374	14.15	Aufgaben und Übungsfälle.	393
14.4.2.4	Der Bundesgerichtshof als Gericht der Rechtsbeschwerde	374	15	Die Arbeitsgerichtsbarkeit	395
14.4.3	Funktionelle Zuständigkeit	374	15.1	Allgemeines	395
14.4.4	Örtliche Zuständigkeit.	374	15.2	Verfahrensgrundsätze im Arbeitsgerichtsprozess	396
14.4.5	Beteiligte, Beteiligtenfähigkeit und Verfahrensfähigkeit	375	15.2.1	Der Beschleunigungsgrundsatz	396
14.4.5.1	Beteiligte	375	15.2.2	Parteilichkeit	396
14.4.5.2	Beteiligtenfähigkeit	376	15.2.3	Die Prozessfähigkeit.	396
14.4.5.3	Verfahrensfähigkeit	376	15.3	Prozesskostenhilfe.	396
14.4.6	Bevollmächtigte, Verfahrens- vollmacht, Beistand	377	15.4	Besondere Verfahrensvorschriften für das Urteilsverfahren	396
14.4.6.1	Bevollmächtigte	377	15.5	Besondere Verfahrensvorschriften für das Beschlussverfahren.	398
14.4.6.2	Verfahrensvollmacht	377	15.6	Rechtsmittel im Arbeitsgerichtsverfahren	398
14.4.6.3	Beistand.	378	15.6.1	Rechtsmittel im Urteilsverfahren	398
14.4.7	Akteneinsicht	378	15.6.1.1	Die Berufung.	398
14.4.8	Bekanntgabe von Entscheidungen	379	15.6.1.2	Die Revision	399
14.5	Familiensachen und Familien- streitsachen.	379	15.6.2	Rechtsmittel im Beschlussverfahren	399
14.5.1	Familiensachen.	379	15.7	Das arbeitsgerichtliche Mahnverfahren	400
14.5.2	Familienstreitsachen	380	15.8	Aufgaben und Übungsfälle.	400
14.5.3	Besonderheiten in Ehesachen und Familienstreitsachen.	380	16	Exkurs: Die freiwillige Gerichtsbarkeit	401
14.5.4	Zwangsvollstreckung und Kostentragung	381	16.1	Allgemeine Vorschriften der freiwilligen Gerichtsbarkeit.	402
14.5.5	Rechtsmittel	381	16.1.1	Aufgaben und gesetzliche Grundlagen.	402
14.5.5.1	Die Beschwerde gem. §§ 58 ff. FamFG.	381	16.1.2	Organe der freiwilligen Gerichtsbarkeit.	402
14.5.5.2	Die Rechtsbeschwerde gem. §§ 70 ff. FamFG.	382	16.1.3	Die Beteiligten	403
14.6	Verfahren in Ehesachen gem. §§ 121 ff. FamFG.	382	16.2	Das Verfahren im Einzelnen.	403
14.6.1	Örtliche Zuständigkeit.	382	16.2.1	Verfahrensgrundsätze	403
14.6.2	Vertretung durch einen Rechtsanwalt.	383	16.2.2	Zuständigkeiten in der freiwilligen Gerichtsbarkeit.	404
14.7	Verfahren in Scheidungs- und Folgesachen	383	16.2.3	Arten der Entscheidungen in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.	405
14.8	Verfahren in Kindschaftssachen.	384	16.2.4	Rechtsmittel gegen Entschei- dungen der Amts- und Landgerichte.	405
14.8.1	Örtliche Zuständigkeit.	384	16.2.4.1	Die Beschwerde	405
14.8.2	Vorrang und Beschleunigungs- gebot	385	16.2.4.2	Die Rechtsbeschwerde.	406
14.8.3	Einvernehmliche Lösung	385	16.3	Übersicht über ausgewählte Verfahrensarten.	407
14.8.4	Verfahrensbeistand und persönliche Anhörung des Kindes.	385	16.3.1	Buch 3: Verfahren in Betreuungs- und Unterbringungssachen.	407
14.9	Abstammungssachen	386	16.3.2	Buch 4: Verfahren in Nachlass- und Teilungssachen.	408
14.10	Adoptionssachen	386	16.3.3	Buch 5: Verfahren in Register- sachen, unternehmensrechtliche Verfahren	408
14.11	Verfahren in Ehewohnungs- und Haushaltssachen	387	16.3.4	Beurkundungssachen	409
14.12	Verfahren in Unterhaltssachen	388	16.3.4.1	Materiell-rechtliche Vorschriften	409
14.13	Die Beratungshilfe.	389	16.3.4.2	Formell-verfahrensrechtliche Bestimmungen	411
14.13.1	Voraussetzungen der Beratungshilfe	389	16.4	Aufgaben und Übungsfälle.	412
14.13.2	Umfang der Beratungshilfe	389			
14.13.3	Durchführung der Beratungshilfe	390			
14.14	Die Prozesskostenhilfe	390			
14.14.1	Voraussetzungen der Prozesskostenhilfe	390			
14.14.1.1	Die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	390			
14.14.1.2	Die Erfolgsaussichten der Klage.	391			

Lerngebiet IV: Die Zwangsvollstreckung	413
17 Allgemeine Vorschriften.	414
18 Überblick über die Arten	
der Zwangsvollstreckung	416
18.1 Die Zwangsvollstreckung	
wegen Geldforderungen.	416
18.1.1 Zwangsvollstreckung	
in das bewegliche Vermögen	
gem. §§ 803 bis 807 ZPO	416
18.1.2 Vollstreckung in das	
unbewegliche Vermögen gem.	
§§ 864 bis 871 ZPO und ZVG	416
18.2 Die Zwangsvollstreckung	
wegen anderer Ansprüche	
gem. §§ 883 bis 898 ZPO	417
18.3 Aufgaben und Übungsfälle.	418
19 Die Organe der	
Zwangsvollstreckung	419
19.1 Der Gerichtsvollzieher	419
19.2 Das Vollstreckungsgericht	422
19.3 Das Prozessgericht.	424
19.4 Das Grundbuchamt	426
19.5 Aufgaben und Übungsfälle.	426
20 Die Voraussetzungen	
der Zwangsvollstreckung	428
21 Zur Zwangsvollstreckung	
geeignete Titel	429
21.1 Die Urteile	429
21.1.1 Die Rechtskraft der Urteile	430
21.1.2 Die vorläufige	
Vollstreckbarkeit von Urteilen	433
21.1.2.1 Die vorläufige	
Vollstreckbarkeit ohne	
Sicherheitsleistung	433
21.1.2.2 Die vorläufige Vollstreckbarkeit	
gegen Sicherheitsleistung	436
21.1.3 Die Sicherungsvollstreckung	
gem. § 720 a ZPO	440
21.2 Prozessvergleiche und außer-	
gerichtliche Rechtsanwalts-	
vergleiche	440
21.3 Kostenfestsetzungsbeschlüsse	441
21.4 Einstweilige Anordnungen	
im Eheverfahren	442
21.5 Vollstreckungsbescheide	443
21.6 Vollstreckbare notarielle	
Urkunde mit	
Unterwerfungsklausel	443
21.7 Arrestbefehle und	
einstweilige Verfügungen	443
21.8 Aufgaben und Übungsfälle.	444
22 Die Vollstreckungsklausel	446
22.1 Die Erteilung der	
Vollstreckungsklausel.	446
22.2 Die Umschreibung der	
Vollstreckungsklausel.	447
22.3 Rechtsbehelfe	
im Klauselverfahren	448
22.3.1 Rechtsbehelfe des Gläubigers	448
22.3.2 Rechtsbehelfe des Schuldners	448
22.4 Aufgaben und Übungsfälle.	450

23 Die Zustellung	451
23.1 Allgemeines	451
23.2 Ausnahmen.	451
23.3 Arten und	
Grundsätze der Zustellung	451
23.3.1 Die Zustellung von Amts wegen	451
23.3.2 Die Zustellung im Parteibetrieb	451
23.3.3 Besondere Wartefristen	452
23.4 Aufgaben und Übungsfälle	454
24 Die Zwangsvollstreckung	
wegen Geldforderungen.	455
24.1 Die Zwangsvollstreckung in	
das bewegliche Vermögen	
des Schuldners	455
24.1.1 Das Vollstreckungsorgan	456
24.1.2 Der Zwangsvoll-	
streckungsauftrag	456
24.1.3 Weg und Durchführung	
der Zwangsvollstreckung	457
24.1.3.1 Zustellung des	
Vollstreckungstitels	457
24.1.3.2 Aufforderung des Schuldners	
zur Zahlung	459
24.1.3.3 Auf Zahlungsverweigerung	
erfolgt Sachpfändung	459
24.1.3.4 Die Pfändung hat	
eine doppelte Wirkung	461
24.1.3.5 Pfändbare Sachen	461
24.1.3.6 Keine Prüfung	
der Eigentumsverhältnisse	462
24.1.3.7 Durchsuchungserlaubnis	
der Wohnung des Schuldners	463
24.1.3.8 Die gütliche Erledigung nach	
§ 802 b ZPO	465
24.1.3.9 Pfändungsprotokoll	466
24.1.4 Pfändungsbeschränkungen	466
24.1.4.1 Das Verbot der Überpfändung	466
24.1.4.2 Das Gebot der Nachpfändung	466
24.1.4.3 Pfändung von Früchten auf	
dem Halm gem. § 810 ZPO	467
24.1.4.4 Pfändung von Hausrat	
gem. § 812 ZPO	467
24.1.4.5 Unpfändbare und unter Eigen-	
tumsvorbehalt gelieferte Sachen	
gem. § 811 ZPO	467
24.1.5 Verordnung über Formulare	
für die Zwangsvollstreckung	468
24.1.5.1 Antrag auf Erlass einer richter-	
lichen Durchsuchungsanordnung	469
24.1.5.2 Antrag auf Erlass eines Pfändungs-	
und Überweisungsbeschlusses	470
24.1.5.3 Antrag auf Erlass eines Pfändungs-	
und Überweisungsbeschlusses	
wegen Unterhaltsforderungen	471
24.1.6 Besondere Arten der Pfändung	472
24.1.6.1 Die Austauschpfändung	
gem. § 811a ZPO	472
24.1.6.2 Die Vorwegpfändung	477
24.1.6.3 Die Anschlusspfändung	478
24.1.6.4 Die Pfändung zur Nachtzeit	
und an Sonn- und Feiertagen	480
24.1.6.5 Strafrechtlicher Schutz	
der Pfändung	482
24.1.7 Die Verwertung der Pfandsache	482
24.1.7.1 Die öffentliche Versteigerung	482

24.1.7.2	Die besonderen Arten der Verwertung	485	25.2.1	Die Zwangsvollstreckung wegen vertretbarer Handlungen (§ 887 ZPO)	549
24.1.7.3	Die Aussetzung der Verwertung.	487	25.2.2	Die Zwangsvollstreckung wegen nicht vertretbarer Handlungen (§ 888 ZPO)	552
24.1.7.4	Die Verteilung des Versteigerungserlöses.	489	25.3	Die Zwangsvollstreckung wegen Duldungen oder Unterlassungen	553
24.2	Die Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte	490	25.4	Die Zwangsvollstreckung wegen Abgabe einer Willenserklärung.	555
24.2.1	Die Zwangsvollstreckung in Geldforderungen	491	25.5	Aufgaben und Übungsfälle.	555
24.2.1.1	Der Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses.	492	26	Die Vermögensauskunft des Schuldners gem. § 802 c ZPO	556
24.2.1.2	Der Erlass des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	496	26.1	Das Verfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft des Schuldners	557
24.2.1.3	Stellung und Auskunftspflicht des Drittschuldners	501	26.2	Zuständigkeit	557
24.2.1.4	Die Vorpfändung gem. § 845 ZPO	503	26.3	Das Verfahren zur Abgabe der Vermögensauskunft und der eidesstattlichen Versicherung	558
24.2.1.5	Die Pfändung von Arbeitseinkommen	508	26.3.1	Der Auftrag zur Abnahme der Vermögensauskunft und der eidesstattlichen Versicherung	558
24.2.2	Die Zwangsvollstreckung in besondere Vermögenswerte	520	26.3.2	Der Verlauf des Termins	561
24.2.2.1	Die Zwangsvollstreckung in Herausgabeansprüche.	520	26.4	Haftbefehl und Verhaftung.	565
24.2.2.2	Die Zwangsvollstreckung in Sparguthaben.	522	26.5	Das Schuldnerverzeichnis.	568
24.2.2.3	Die Zwangsvollstreckung in Kontokorrentguthaben	522	26.6	Aufgaben und Übungsfälle.	569
24.2.2.4	Die Zwangsvollstreckung in Ansprüche aus Wertpapieren	523	27	Die Einwendungen gegen die Zwangsvollstreckung	570
24.2.2.5	Die Zwangsvollstreckung in andere Vermögensrechte	524	27.1	Die Erinnerung gem. § 766 ZPO	570
24.3	Das Verteilungsverfahren.	524	27.2	Die sofortige Beschwerde gem. § 793 ZPO	574
24.4	Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.	525	27.3	Die Vollstreckungsabwehrklage gem. § 767 ZPO	576
24.4.1	Gegenstand der Liegenschaftsvollstreckung	525	27.4	Die Drittwiderspruchsklage gem. § 771 ZPO	580
24.4.2	Die Arten der Vollstreckung	526	27.5	Exkurs: Die Klage auf vorzugsweise Befriedigung gem. § 805 ZPO	585
24.4.2.1	Die Sicherungshypothek	527	27.6	Die Einstellung der Zwangsvollstreckung durch den Gerichtsvollzieher.	587
24.4.2.2	Die Zwangsverwaltung	530	27.7	Aufgaben und Übungsfälle.	588
24.4.2.3	Die Zwangsversteigerung	533	28	Der Arrest und die einstweilige Verfügung.	590
24.5	Aufgaben und Übungsfälle.	537	28.1	Der Arrest.	590
25	Die Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche gem. §§ 883 bis 898 ZPO	545	28.1.1	Die Arten des Arrestes	591
25.1	Herausgabe- und Räumungsansprüche	545	28.1.1.1	Der dingliche Arrest.	591
25.1.1	Die Herausgabe beweglicher Sachen beim Schuldner (§§ 883, 884 ZPO)	545	28.1.1.2	Der persönliche Sicherheitsarrest	591
25.1.2	Die Räumung und Herausgabe unbeweglicher Sachen (§ 885 ZPO)	546	28.1.2	Das Arrestverfahren.	592
25.1.3	Räumung oder Herausgabe von Sachen im Gewahrsam eines Dritten (§ 886 ZPO)	547	28.1.2.1	Die Anordnung des Arrestes	592
25.2	Die Zwangsvollstreckung wegen Vornahme von Handlungen (§§ 887, 888 ZPO)	549	28.1.2.2	Die Vollziehung des Arrestes	593
			28.2	Die einstweilige Verfügung	596
			28.2.1	Die Arten der einstweiligen Verfügung	596
			28.2.2	Die Besonderheiten des Verfahrens	597
			28.3	Schadensersatzpflicht	597
			28.4	Aufgaben und Übungsfälle.	599
			29	Das Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG).	601
				Stichwortverzeichnis	603

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AG	Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
BAG	Bundesarbeitsgericht
BerHG	Beratungshilfegesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BSG	Bundessozialgericht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVG	Bundesverwaltungsgericht
DBP	Deutsches Bundespatent
d. h.	das heißt
DONot	Dienstordnung für Notare
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DR-Nr.	Dienstregister-Nummer
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EV	Eidesstattliche Versicherung
e. V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamGKG	Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GG	Grundgesetz
gg.	gegen
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

GV	Gerichtsvollzieher
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVGA	Gerichtsvollziehergeschäftsanweisung
GVKostG	Gesetz über die Kosten der Gerichtsvollzieher
HGB	Handelsgesetzbuch
i. d. R.	in der Regel
InsO	Insolvenzordnung
i. V. m.	in Verbindung mit
JGG	Jugendgerichtsgesetz
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KostO	Kostenordnung
Kost.-Verz.	Kostenverzeichnis
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KV	Kostenverzeichnis
LArbG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LSG	Landessozialgericht
MAGM	Maschinelles gerichtliches Mahnverfahren
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über die Ordnungswidrigkeiten
PatAnwO	Patentanwaltsordnung
Pbv	Prozessbevollmächtigter
PfÜB	Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
RA	Rechtsanwalt
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RdNr	Randnummer
RPfl	Rechtspfleger
RPflG	Rechtspflegergesetz
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
S.	Satz/Seite
ScheckG	Scheckgesetz
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
StVG	Straßenverkehrsgesetz

usw.	und so weiter
V	Verkündung
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VV	Vergütungsverzeichnis
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WG	Wechselgesetz
Z	Zustellung
z. B.	zum Beispiel
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVfV	Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung
zz.	zurzeit

Lerngebiet I: Recht

Lernziele

Kapitel 1 bis 5: Rechtspflege

Wenn Sie die entsprechenden Kapitel durchgearbeitet haben, können Sie

- die Aufgaben des Rechts erläutern,
- jeweils anhand eines Beispiels Rechtssubjekte von Rechtsobjekten unterscheiden,
- den Unterschied zwischen dem subjektiven und dem objektiven Recht erklären,
- ihren Mitschülerinnen und Mitschülern die Symbole der Göttin Justitia erläutern,
- die Notwendigkeit der Gewaltenteilung erklären,
- die gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt unterscheiden,
- Beispiele für die horizontale und vertikale Gewaltenteilung angeben,
- anhand von selbst gewählten Beispielen Gesetze, Rechtsverordnungen und Satzungen voneinander unterscheiden,
- erklären, was unter Privatrecht und öffentlichem Recht verstanden wird,
- gesetzliche Bestimmungen des materiellen und formellen Rechts nennen,
- Inhalte und Folgerungen des zwingenden und nachgiebigen Rechts erläutern,
- die Personen der Rechtspflege bestimmen,
- die Funktionen (Aufgaben) des Richters, Staatsanwalts, Rechtsanwalts, Notars, Rechtspflegers, Urkundsbeamten der Geschäftsstelle und des Gerichtsvollziehers beschreiben,
- angeben, für welche Streitigkeiten der Europäische Gerichtshof zuständig ist,
- die Verfassungsgerichtsbarkeit als Hüterin der Verfassungen erklären,
- den Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit erläutern,
- den Verhandlungsgrundsatz vom Untersuchungsgrundsatz unterscheiden,
- einige selbst gewählte Beispiele der streitigen und der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuordnen,
- die Besetzung und Zuständigkeit der Zivil- und Strafgerichte erläutern,
- den Instanzenzug in Zivilsachen, Strafsachen und Bußgeldsachen nennen,
- anhand selbst gewählter Beispiele erklären, in welchen Sachen
 - die Arbeitsgerichtsbarkeit,
 - die Finanzgerichtsbarkeit,
 - die Sozialgerichtsbarkeit,
 - die Verwaltungsgerichtsbarkeit entscheidet,
- die Instanzenzüge der besonderen Gerichtsbarkeit nennen.

1 Einführung in das Recht

1.1 Begriff und Wesen des Rechts

Das **Recht** hat die Aufgabe, das **Zusammenleben der Menschen** in der staatlichen Gemeinschaft durch verlässliche **Regeln** zu **ermöglichen** und damit den **Rechtsfrieden** zu wahren.

Diese Regeln existieren als Gebote (du sollst), als Gewährungen (du kannst) und als Verbote (du darfst nicht).

Beispiele

- | ● Gebote (du sollst!) | ● Gewährungen (du kannst!) | ● Verbote (du darfst nicht!) |
|------------------------|----------------------------|------------------------------|
| § 5 Abs. 1 StVO | Art. 2 Abs. 1 GG | § 12 Abs. 1 StVO |
| Art. 29 Abs. 1 ScheckG | Art. 12 GG | § 136a StPO |
| § 535 BGB | § 903 S. 1 BGB | § 829 Abs. 1 ZPO |

1.1.1 Die Sittlichkeit

Während das Recht grundsätzlich nur auf das äußere Verhalten des Menschen abzielt, strebt die **Sittlichkeit** (Moral, Ethik) die Ordnung menschlichen Zusammenlebens durch ein **inneres Verhalten** an, das die Moral und letztlich das **Gewissen** vorgeben.

Die Sittlichkeit kennt zwar **keine Erzwingbarkeit** ihrer Normen, verlangt von den Menschen aber mehr als das Recht.

Beispiel

- Gem. § 1601 BGB sind Verwandte in gerader Linie (das sind Eltern und Kinder) verpflichtet, einander Unterhalt zu gewähren. Diese Vorschrift gilt nicht für Kinder untereinander.

Dass ein steinreicher Bruder seinen unverschuldet in wirtschaftliche Not geratenen Bruder unterstützt, verlangt nicht das BGB, sondern die Sittlichkeit (Gewissen).

1.1.2 Die Sitte

Die **Sitte** will mit ihren Regeln das **Zusammenleben** der Menschen **überschaubarer** und **angenehmer** gestalten. Sie verlangt, wie das Recht, ein bestimmtes **äußeres Verhalten** ohne rechtlich verbindlich und erzwingbar zu sein.

Beispiele

- Sie tragen saubere Kleidung in der Schule und in der Kanzlei.
- Sie sind höflich und korrekt.

Merken Sie sich bitte:

- Wenn wir uns **nicht** an die **Gebräuche oder Anstandsregeln halten**, müssen wir nicht mit Strafe, sondern eher mit Verachtung und Ausgrenzung rechnen (**die Menschen rümpfen die Nase**).

1.1.3 Änderungen des Rechts

Im Laufe der Jahrhunderte haben sich die Ansichten, was **Recht** ist, gewandelt. So war es beispielsweise früher nicht unüblich, dass die Arbeitnehmer Kohlen und sonstige Feuermittel mit ins Büro bringen mussten, damit das Arbeiten im Winter einigermaßen erträglich war. Die damaligen Lehrlinge mussten ihrem Lehrherrn noch das Lehrgeld für ihre eigene Ausbildung zahlen.

Beispiel

- Mit der Erfindung des Computers oder der Landung auf dem Mond mussten Regeln geschaffen werden, die die missbräuchliche Nutzung dieser Erfindungen verbieten und unter Strafe stellen.

Merken Sie sich bitte:

- Unser **Recht** ist kein für alle Zeiten festgelegtes Recht, sondern **wird** den Erfordernissen der Wirtschaft und der Kultur **angepasst**.

1.1.4 Rechtssubjekt – Rechtsobjekt

Das **Rechtssubjekt** ist immer eine natürliche oder eine juristische **Person** (Frage WER?), an die sich die Rechtsnorm richtet.

Beispiele

- Natürliche Personen sind alle Menschen (Sie und ich).
- Juristische Personen sind Personenvereinigungen oder Vermögensmassen (AG, GmbH, die Stadt Ulm, die Rechtsanwaltskammer).

Das **Rechtsobjekt** ist immer eine **Sache** oder ein nichtkörperlicher Gegenstand (Frage WEN oder WAS?), auf den sich das Recht des Rechtssubjekts bezieht.

Beispiele

- Kleider, Schuhe, Haus, Schreibtisch

1.1.5 Rechtsnormen

Rechtsnormen (normativ = richtungsweisend) oder Rechtssätze sind **Regelungen in Gesetzen**, die für eine Vielzahl von Menschen der Gesellschaft verbindlich sind.

Durch diese Vorschriften und Regelungen wird ein bestimmtes äußeres Verhalten der betroffenen Menschen erwartet.

Beispiele

- § 823 BGB Schadensersatzpflicht
- § 1239 Abs. 1 BGB Mitbieten durch Gläubiger und Eigentümer

1.2 Die Rechtsordnung des Staates

1.2.1 Das objektive Recht

Unter dem **objektiven Recht** ist die **Gesamtheit aller geltenden Rechtssätze**, Vorschriften und Regeln eines Staates zu verstehen, die für **alle** gleichermaßen **Gültigkeit** haben. Hier werden z.B. die rechtlichen Beziehungen der Menschen untereinander oder die Beziehungen der Bürger zum Staat geregelt.

Beispiele

- BGB, HGB regeln die Beziehungen der Bürger untereinander.
- GG, StGB regeln die Beziehungen zwischen Bürger und Staat.

1.2.2 Das subjektive Recht

Das **subjektive Recht (Berechtigung)** gewährt dem **einzelnen Menschen** rechtliche Befugnisse für sein Tun oder Unterlassen.

Beispiele

- Der Käufer kann vom Verkäufer auf Grund eines abgeschlossenen Kaufvertrages gem. § 433 Abs. 1 BGB die Übergabe der gekauften Sache und die Eigentumsübertragung verlangen.
- Wenn Sie am Kiosk eine Zeitung kaufen, können Sie diese lesen und dann in einen Altpapiercontainer werfen; Sie können die Zeitung aber auch ungelesen verschenken oder zum Einpacken verwenden.

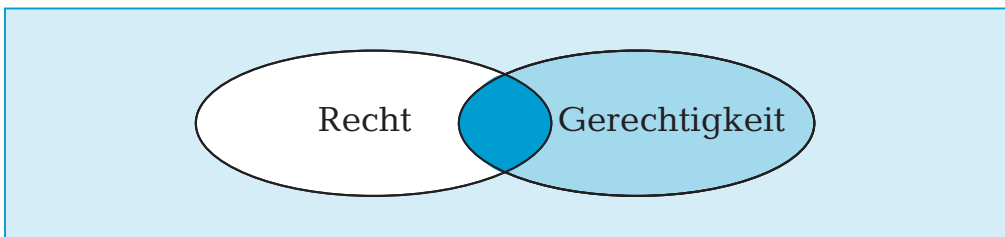
Sobald Sie also Eigentümer der gekauften Sache geworden sind, können Sie mit dieser Sache im Rahmen des Art. 14 GG und § 903 BGB nach Belieben verfahren.

1.3 Recht und Gerechtigkeit

Rechtsvorschriften sollen die **zwischenmenschlichen Beziehungen regeln**. Nun kann es aber vorkommen, dass eine Straße nicht gebaut werden kann, weil einige Grundstückseigentümer ihre Grundstücke, die zum Bau der Straße notwendig sind, nicht zur Verfügung stellen. Sie wollen diese Straße nicht. Für die Allgemeinheit ist aber der Bau der Straße wichtig.

Wenn nun die Eigentümer enteignet werden und die Straße doch gebaut wird, so werden diese Bürger die gerichtliche Entscheidung als „**ungerecht**“ empfinden. Die Allgemeinheit wird jedoch dieser Entscheidung dankbar zustimmen.

Hier wird deutlich, wie schwierig es ist, **Recht und Gerechtigkeit** in völlige Übereinstimmung zu bringen.



➔ Merken Sie sich bitte:

- ▶ **Recht** ist immer der **Wille zur Gerechtigkeit**. **Gerechtigkeit** heißt, dass **alle Bürger am gleichen Maß gemessen** werden sollen. **Ohne Ansehen der Person** soll gerichtet werden.

Die Gerechtigkeit wird durch die Göttin **Justitia** oder **Gerechtigkeitsgöttin** symbolisiert:

- Augenbinde** = Gleichbehandeln (neutral, objektiv, unparteiisch)
- Schwert** = Durchsetzung des Rechts
- Waage** = Abwägen zwischen Recht und Unrecht



➔ Merken Sie sich bitte:

- ▶ **Recht** = **Ordnung menschlichen Zusammenlebens** durch **Gebote, Gewährungen und Verbote**.
- ▶ **Sitte** = das unter **Menschen übliche Verhalten** ohne rechtlichen Anspruch.
- ▶ **Moral** = richtet sich an die **Gesinnung des Menschen** ohne äußerlichen Zwang.

Zusammenfassung